



Niederschrift der 6. Ratssitzung vom 12.12.2019

Ort: in der Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.
33, 06526 Sangerhausen

Tag: 12.12.2019

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:55 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Sven Strauß und 26 Stadträte

Herr Andreas Skrypek	CDU
Herr Volker Schachtel	CDU
Herr Holger Scholz	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Frank Wedekind	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Herr Harald Oster	BOS/FDP/BV
Frau Monika Rauhut	BOS/FDP/BV
Herr Tim Schultze	BOS/FDP/BV
Her Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS/FDP/BV
Herr Karsten Pille	BOS/FDP/BV

Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.

Herr Harald Koch	B.I.S.
Frau Gesine Liesong	B.I.S.
Herr Klaus Peche	B.I.S.

Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Eberhard Nothmann	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Helmut Schmidt	SPD / DIE GRÜNEN
Frau Kati Völkel	SPD / DIE GRÜNEN

Herr Nico Siefke	AfD
Herr Martin Thunert	AfD
Herr Andreas Wunderlich	AfD

entschuldigt fehlten:	Herr Thomas Klaube Herr Frank Schmiedl Herr Torsten Wagner Herr Stefan Klaube Herr André Reick Herr Andreas Gehlmann Frau Ellen Siefke	CDU CDU BOS/FDP/BV DIE LINKE. B.I.S. AfD AfD
verspätet erschienen:	Frau Käthe Milus	B.I.S. 17:25 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Frau Karoline Spröte Herr Andreas Skrypek	DIE LINKE. 18:30 Uhr CDU 18:30 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Alexander Dobert Herr Peter Dietrich Herr Uwe Görlich Herr Rudolf Henkner Herr Uwe Hornickel Herr Christian Kokot Herr Uwe Ostrowski Herr Matthias Redlich Herr Ringo Siebert Frau Katrin Scheffel	
Ortsbürgermeister:	Herr Daniel Maertens	OT Lengefeld
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Frau Maria Diebes	Fachbereichsleiter Finanz-und Personalverwaltung Fachbereichsleiterin Stadtentwicklung und Bauen
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek Herr Arndt Kemesies	Vorsitzender des Stadtrates bis 18:30 Uhr stellv. Vorsitzender des Stadtrates ab 18:30 Uhr

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der 46. Ratssitzung vom 06.06.2019**
4. **Bericht des Oberbürgermeisters**
5. **Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
6. **Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**

- 6.1. Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 180.527,60 € zuzügl. Zinsen in Höhe von 10.500 € und Verwaltungskosten in Höhe von 2.707,50 € für "Revitalisierung Industriebrache" (Mafa-Gelände)
- 6.2 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr.7 "An der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen
- 6.3 Veränderungssperre zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "An der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen
- 6.4 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Über der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen
- 6.5 Veränderungssperre zur 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Über der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen
- 6.6 1. vereinfachte Änderung der Bebauungspläne Nr. 4a,4b,4e "Helmepark" der Stadt Sangerhausen
- 6.7 Veränderungssperre zur 1. vereinfachten Änderung der Bebauungspläne Nr. 4a,4b,4e "Helmepark" der Stadt Sangerhausen
- 6.8 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 "Weinbergstraße" der Stadt Sangerhausen
- 6.9 Veränderungssperre zur 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 "Weinbergstraße" der Stadt Sangerhausen
- 6.10 Einführung einer mobilen Parkraumbewirtschaftung in der Kernstadt Sangerhausen (Handyparken)
- 6.11 Änderung der Parkgebührenverordnung der Stadt Sangerhausen

7. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung

- 7.1. Verkauf des Grundstückes Bahnhof 1 in Sangerhausen, OT Oberröblingen - ehemaliger Jugendclub - Gemarkung Oberröblingen, Flur 2, Flurstück 126 und Flur 11, Flurstück 324, gesamt 517 m²
- 7.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (*ohne Beschlussvorlage*)

8. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, begrüßt Herrn Loth, Vorsitzender des Vereins für Geschichte von Sangerhausen und Umgebung e. V. Er informiert über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für den Glockenguss der Ratsglocke. Am 08. Mai 2020 soll die Glocke das erste Mal vom Rathaus ertönen.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnet die 6. Stadtratssitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Beschlussfähigkeit: Der Stadtrat ist beschlussfähig. 27 Ratsmitglieder sind anwesend.

Öffentlichkeit: Alle TOP 1. bis 6.6 und TOP 8. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 7.1 bis 7.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Für die Erfassung des Abstimmungsverhaltens ist heute Frau Sabrina Klausner zuständig.

Weiterhin begrüßt er Frau Madeleine Schneegaß als neue Kollegin im Ratsbüro.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Skrypek

Der TOP 6.11 wird in 1. Lesung behandelt.

Frau Liesong bittet um die Erweiterung der Tagesordnung -Anfragen der Stadträte- im nichtöffentlichen Teil.

Herr Skrypek sagt, dass man dies im nichtöffentlichen Teil behandeln werde.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	= 27
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 0

Die geänderte Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

3. Genehmigung der Niederschrift der 46. Ratssitzung vom 06.06.2019

Die Niederschrift wurde am 21.11.2019 mit den Unterlagen zur Ratssitzung versandt.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	= 24
Nein-Stimmen	= 0
Stimmenenthaltungen	= 3

Die Niederschrift der 46. Ratssitzung vom 06.06.2019 wurde mehrheitlich bestätigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt und den nicht anwesenden Stadträten am 13.12.2019 zugeschickt.

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Peche ist fast der gleichen Meinung wie der ehemalige Finanzminister und jetziger Landtagsabgeordneter Herr André Schröder bezüglich des Strukturwandels und Projekte die im Landkreis SGH durchgeführt werden sollen (Zeitungsbericht).

Wenn er sieht, wie die Kreisverwaltung und die Landrätin mit dieser Sache umgehen,

verwundert ihn das sehr. Die Begründung: "SGH muss erst seine Hamsterprobleme lösen!" zeigt ihm, da steht jemand nicht hinter der Stadt SGH. Er hofft, dass der Stadtrat dazu eine klare Position bezieht. SGH muss mit eingebunden werden.

Der B-Plan wurde in Kraft gesetzt. Wir brauchen die Unterstützung des Landkreises und des Landes Sachsen -Anhalt. Es sollten keine Alleingänge passieren und den Einen mit dem Anderen ausspielen, sondern gemeinsam für die Stadt und den Landkreis etwas tun. Deshalb seine tiefste Missbilligung von der gesamten Fraktion über solche Sachen.

Es ist ein Hohn was geschrieben wird; dass die Standortmarketinggesellschaft und der Landkreis hinter der Stadt SGH stehen, und uns unterstützen.

Er möchte mit dem IPM-Park weiterkommen und etwas erreichen. Alle Fraktionen sollten dies unterstützen.

Herr Schmidt bedankt sich im Namen der Vereine von Riestedt recht herzlich bei den Mitarbeitern des Bauhofes. Sie bauen Jahr für Jahr die Weihnachtsmarktbuden auf und wieder ab. Zuverlässig und ordentlich.

Frau Liesong hat aus der Zeitung erfahren, dass der ALDI Markt im Gewerbegebiet Helme-Park schließen wird. Fragt, ob man das noch verhindern kann und inwieweit man an der Entscheidung noch was ändern kann.

Weiterhin möchte sie nochmals darauf hinweisen, dass wir alle wissen wem wir es zu verdanken haben; das Gewerbegebiet im Ostpark ist aufgebläht worden. Es wird uns von der IHK immer vorgeworfen, dass wir eine fast doppelt so große Handelsfläche pro Einwohner, wie die übrigen Bundesbürger haben. Hier können wir uns sehr reich schätzen, aber erschwerend kommt hinzu, dass wir nicht so reich sind. Wir haben mit das geringste Nettoeinkommen bzw. Verbrauchseinkommen, was ausgegeben werden kann. Es tut weh, wenn das jetzt Eintritt, was wir damals prophezeit haben als es um den Ausbau des Brandrains gegangen ist.

Herr Strauß sagt, dass ihm ebenfalls bekannt ist, dass eine von zwei ALDI-Filialen schließen wird. Er hatte dazu auch ein Gespräch mit dem Verantwortlichen von ALDI. Dieser hat es auch begründet, obwohl er dazu nicht verpflichtet ist: Die Situation mit zwei Filialen und das im Abgleich mit der auch von ihnen angesprochenen Kaufkraft der Bevölkerungsstärke hat das Unternehmen ALDI dazu bewogen, zukünftig nur noch eine Filiale betreiben zu wollen. Das ist der Hintergrund der dem OB bekannt ist.

Er persönlich hält es für eine Entwicklung, die wir durchaus hinnehmen können. Wir haben insgesamt ein deutliches Überangebot an Flächen. Wir wollen als Stadt, das ist unser stadtplanerisches Ziel, keine weitere Zersplitterung und keinen weiteren Ausbau von Flächen. Wir haben dem Stadtrat bereits ein erstes Zwischenergebnis der Studie vorgestellt; auf Basis dessen wir dann auch die Bebauungspläne überarbeiten wollen. An dem Ziel halten wir fest. Zu der Frage, ob wir es verhindern können? Seitens der Stadtverwaltung ein eindeutiges "Nein"! Das ist ein privates Unternehmen, welches eine wirtschaftliche Entscheidung getroffen hat und Herr Strauß sieht keine Möglichkeit, dies noch zu verhindern. Er sieht in dieser Entscheidung nicht das große Problem. In den anderen Gewerbegebieten ist ausreichend Einzelhandel vor Ort.

Frau Liesong muss widersprechen. Sie sieht es nicht als eine Art Flurbereinigung, dass wir damit Handelsflächen vermindern und das Überangebot nicht mehr so groß ist. Sie sieht die Gefahr, dass weitere Flächen leer geräumt bzw. das Andere eventuell nachziehen werden. Das gleichzeitig immer weiter Flächen versiegelt werden und wir die nächste Industriebranche dort bekommen.

Herr Koch möchte die Gelegenheit nutzen, alle nochmal aufzurufen am Montag, 16.12.2019 um 10:00 Uhr in Halle beim Verwaltungsgericht, Thüringer Straße 16 zum ersten Verhandlungstermin hinsichtlich der Kreisumlagenklage 2017 der Städte Sangerhausen, Hettstett und Eisleben gegen den Landkreis Mansfeld-Südharz zu erscheinen.

Ursächlicher kann man als Stadtrat eine Information dazu nicht erhalten. Alles andere was danach kommt ist immer subjektiv, ist eine Wertung durch einzelne Personen. Sie haben so viele Demonstrationen und Aktionen geplant und durchgeführt, aber durch Anwesenheit ist dies mit die beste Gelegenheit, etwas zum Ausdruck zu bringen. Das ist für ihn weitaus wichtiger. Er will nicht zu einer Demonstration aufrufen, dass dürfe man im Gerichtssaal nicht, aber die Anwesenheit im Raum entfaltet eine unwahrscheinliche Wirkung.

Herr Strauß möchte ergänzen, dass am 11.12.2019 die Kreistagssitzung stattgefunden hat. Mit nur einer Gegenstimme ist der Haushalt des Landkreises MSH mit einem Kreisumlagesatz in Höhe von 42,59 % beschlossen worden. Das entspricht dem Satz, den wir im Vorjahr zu zahlen hatten und ist ca. 2 Mill EUR in den absoluten Zahlen mehr als wir in unserem Haushalt für das nächste Jahr eingeplant haben. Das stellt uns vor Herausforderungen! Es liegt allerdings bis zum heutigen Tag keine Genehmigung unserer Haushaltssatzung für die Stadt SGH vor. Wenn diese vorliegt, wird eine Strategie erarbeitet, wie mit der Haushaltssituation umzugehen ist und der Stadtrat wird natürlich umgehend darüber informiert.

Was noch stärker mit in die Gerichtsverhandlung am Montag hinein spielt, ist ein Beschluss der relativ kurzfristig auf die Tagesordnung gesetzt und nur mit 2 Gegenstimmen gefasst wurde. In dem nochmal für das Jahr 2017 die Abwägung hinsichtlich Höhe der Kreisumlage nachgeholt wird. Aus seiner Sicht ein relativ obskurer Ansatz, aber das mögen die Juristen bewerten.

Herr Nothmann sagt, dass ihn Bürger und auch Wanderer angesprochen haben, dass sie im Wald und Feld durch Cross-Maschinen und Quads belästigt werden. Er hatte bereits Kontakt mit dem Bürgermeister aufgenommen. Jetzt ist es noch intensiver geworden, dass die Bürger meinen: "Es geht nicht!" Nach dem Waldgesetz von Sachsen-Anhalt ist dies auch verboten. Nur mit Verboten bezwecken wir nichts. Das sind Jugendliche, die sich die Fahrzeuge angeschafft haben und ihren Sport (er sieht es als Sport) betreiben wollen. Es sollte versucht werden, den Jugendlichen die Chance zu bieten, irgendwo eine Strecke zu finden, wo sie für sich etwas anlegen können. Der Sportverein im Gonnatal würde eventuell auch eine Sparte für die Crossfahrer aufmachen.

Herr Strauß sagt, dass er selbst Motorsportfan sei und kann es daher gut verstehen. Wir haben nur gerade über unsere Haushaltssituation gesprochen, die sich mit dem gestrigen Beschluss definitiv nicht verbessert hat. Aus seiner Sicht ist es nicht Aufgabe der Stadt, für jede mögliche sportliche Betätigung eine Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Es ist etwas, was die Stadt SGH sich nicht leisten kann. Eine Cross-Strecke für Quads, für Motorräder vielleicht auch für Autos, welche drüber fahren wollen, aufzubauen und zur Verfügung zu stellen, ist eine interessante Idee, nur wird er diese persönlich nicht weiter verfolgen und unterstützen.

Herr Nothmann hat mit einigen Jugendlichen gesprochen. Sie wären bereit, es selbst einzurichten. Er kann sich nicht vorstellen, dass das Anlegen einer Cross-Strecke so viel Geld kosten würde. Wie bereits schon gesagt, ein Verein würde es eventuell mit unterstützen. Es nützt nichts, die Jugendlichen zu bestrafen.

Es sollte den Jugendlichen eine Möglichkeit geschaffen werden, ihren Sport irgendwo ausüben zu können.

Herr Oster findet folgende Situation unerträglich: Kurz vor der Bahnbrücke am Brandrain steht am alten Gebäude vom MAFA-Gelände ein Spruch: "Nationalsozialismus jetzt!". Er fordert die Stadtverwaltung auf, alles was mit diesen Themen zusammenhängt schnellstmöglich zu beseitigen. Auch alles andere, was man so entdeckt, fordert er die Stadträte auf, dies anzuzeigen / zu melden, damit diese Symbolik entfernt wird.

Frau Diebes antwortet, dass sie, als Herr Oster es der Stadt mitgeteilt hatte postwendend an das Ordnungsamt weitergeleitet habe. Sie korrigiert, dass der Spruch "Nationalismus" heißt.

Herr Thunert möchte dafür werben, dass sich in Sangerhausen keine weiteren Spielotheken ansiedeln. Er erlebt es jede Nacht, was sich dort abspielt. Auch in Verbindung mit der Beschaffungskriminalität. Er findet, die Stadt Sangerhausen hat ausreichend Spielotheken zur Verfügung.

Herr Strauß antwortet, dass es auch nicht Ansinnen der Stadtverwaltung ist, zusätzliche Spielotheken anzusiedeln. Es ist oftmals ein bauordnungsrechtliches Problem. Im Innenstadtbereich kann es relativ gut ausgeschlossen werden. Es gibt aber im Gewerbegebiet nicht ganz so leicht die Möglichkeit. Wir als Stadt haben nicht den Anspruch es auszudehnen, obwohl wir damit Vergnügungssteuer einnehmen könnten. Uns ist bewusst, dass es mit Spielsucht und ähnliches ein hergeht, daher sind man sehr nah der Auffassung von Herrn Thunert.

Frau Stahlhacke war auf dem Richtfest vom Hort "Poetengang". Es wird ein sehr schönes Gelände. Ist die Beendigung der Bauphase im Juni geplant? Wie wird die Parkplatzsituation für die Anwohner sein? Werden die weggefallenen Parkplätze ersetzt oder kann es mit in die Planung einbezogen werden?

Herr Strauß sagt, die Fertigstellung und Inbetriebnahme ist für das neue Schuljahr 2020/2021 geplant. Bisher sind wir gut im Zeitplan. Zur Parkplatzsituation gibt es keine weiteren Veränderungen oder zusätzlichen Planungen. Es sind Parkplätze am Schulhort für den An-, Liefer- und Abholverkehr vorgesehen. Natürlich im begrenzten Ausmaß. Zusätzliche Parkplätze zu entfernen oder hinzu zubringen, dafür ist ihm keine neuere Planung bekannt.

17:08 Uhr Beginn der Einwohnerfragestunde

Herr Dobert hat vor einigen Tagen einen Artikel in der MZ gelesen, wo es um das Thema Fußwege in SGH ging. Es hatte sich dort die Vorsitzende des Kreissenioresrates, Frau Karina Kaiser geäußert. Es existiert ein Stadtentwicklungskonzept aus dem sich eine Dringlichkeit bezüglich der Sanierung bzw. einer guten Wiederherstellung der Fußwege im gesamten Stadtgebiet insbesondere in den Stadtteilen Süd und Südwest ergebe. Fragt, ob die Stadt SGH bzw. das zuständige Fachamt das Stadtentwicklungskonzept als reinen Hinweis oder tatsächlich als Arbeitsgrundlage sehe, zukünftig entsprechend eine Sanierung durchzuführen? Oder wie Herr Koch soeben sagt, eine entsprechende Verbindlichkeit im Stadtentwicklungskonzept?

Herr Strauß sagt, dass die Stadt SGH aus einer Kernstadt, 14 Ortsteilen und aus 200 km Straßen besteht. Sie besteht nicht ausschließlich aus dem Stadtgebiet Süd. Er kennt die Situation aus vielen Stadtbereichen gut, z.B. in Südwest wo 6.500 Menschen leben. In den Ortschaften, wo ihm die Ortsbürgermeister, er denkt da an Riestedt, schon persönlich ihre Fuß- und Gehwege gezeigt haben.

Fakt ist, die Stadt kann nicht alle Fußwege in dem Zustand bringen, wie wir es gern wollten und machen würden.

Bezüglich des Zeitungsartikels der MZ kann er nur sagen, dass es leider ein sehr schlecht recherchierter Artikel war, der einseitig darstellt gewesen sei. Die Stadt habe keine Möglichkeit gehabt, die städtische Sicht der Dinge darzulegen.

Was in dem Artikel komplett verschwiegen wurde ist, dass wir gerade in dem Wohngebiet Süd bereits tätig geworden sind. In dem Zusammenhang mit dem Hortneubau "Poeten-

gang" haben wir eine Begehung durchgeführt und die größten Schadstellen an Fußwegen beseitigt worden sind. Man habe die Fußgängeraufstellfläche, sprich die Bushaltestelle, gegenüber dem Mehrgenerationenhaus dieses Jahr saniert. Dies war für die Anwohner sehr wichtig.

Den dort befindlichen Fußgängerüberweg habe man auch saniert. Man könne jetzt in jede einzelne Ortschaft und in jedes einzelne Wohngebiet gehen und aufzählen was alles nicht getan wurde. Ihm ist das bewusst. Es ist auch keine Situation über die er sich freut. Deshalb hat er das Bestreben, die Haushaltssituation so weit, wie es möglich ist, auch mit der Unterstützung des Stadtrates, zu verbessern und dann könnten sie auch mehr tun.

Es bringt nichts, wenn einzelne Punkte, Problemfelder, einzelne Wohngebiete oder Straßen heraus gegriffen würden und versucht werde, mit einer Pressearbeit uns dazu zu zwingen, an der Stelle etwas zu machen.

Das Stadtentwicklungskonzept beschreibt einen Plan, wohin wir uns entwickeln und wie wir uns entwickeln wollen. Wie schnell wir uns entwickeln können, dass ist von vielen Faktoren abhängig. Ein Faktor dabei sind die finanziellen Ressourcen. Manchmal entwickeln wir uns langsam, langsamer als ihm selbst lieb sei.

Herr Redlich fragt in Bezug auf die Digitalisierung der Ratsarbeit, wie hier die weitere Agenda geplant sei. Er hat gesehen, wie viel Papier und Aufwand im Ratsbüro betrieben werden muss, um alle Stadträte mit Unterlagen zu versorgen.

Bedankt sich bei den Mitarbeitern im Ratsbüro für die bisher geleistete Arbeit. Wenn man sich anschaut, wie viel Stunden zugebracht werden, um Sachen für die Stadträte zusammenzustellen. Er fragt, was angedacht ist, die Digitalisierung voranzubringen?

Es scheinen auch gewisse Gerätschaften nicht in der richtigen Art und Weise wie z.B. Kuvertiermaschinen, Packmaschinen da zu sein.

Am Ende des Jahres ist immer die Zeit, sich gute Vorsätze für das neue Jahr zu fassen. Man sollte den Kontakt zu anderen Bürgermeistern z.B. in Hettstedt oder Eisleben suchen. Dort scheint es anders organisiert zu sein. Sie haben wesentlich weniger Bindung der Mitarbeiter für solche Tätigkeiten.

Herr Strauß bedankt sich für die Frage. In der Hauptausschusssitzung am 11.12.2019 habe man die Agenda, wie man die Digitalisierung in der Ratsarbeit vorantreiben wolle, vorgestellt. Diese ist auf allgemeine Zustimmung gestoßen.

Man habe sehr konkrete Pläne und sei mit einer Firma im Gespräch. Innerhalb des 1. Quartals 2020 soll das Ganze weitestgehend umgesetzt werden. Um den Versand großer Pakete / viel Papier zu vermindern, was wirklich ein sehr großer Arbeitsaufwand, kostenintensiv und alles andere als umweltfreundlich sei, sei man auf die Mitarbeit der Stadträte angewiesen. Diese müssten sich dem neuen System öffnen und die elektronische Ratsarbeit leben.

17:20 Uhr Ende der Einwohnerfragestunde

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1. Genehmigung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen / Auszahlungen gemäß § 105 KVG LSA in Höhe von 180.527,60 € zuzügl. Zinsen in Höhe von 10.500 € und Verwaltungskosten in Höhe von 2.707,50 € für "Revitalisierung Industriebrache" (Mafa-Gelände)

Begründung: Herr Schuster

17:25 Uhr - Frau Milus kommt.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltung zu.

Herr Siefke fragt an, ob die Förderrichtlinie von dem Rahmenplan durchgelesen wurde? Da der Bebauungsplan dafür nicht geändert wurde.

Herr Strauß bejaht.

Herr Siefke fragt, warum dann nicht reagiert wurde?

Herr Strauß fragt, in wie weit man nicht reagiert haben sollte?

Herr Siefke sagt, man hätte den Bebauungsplan ändern können, wenn es aus der Förderrichtlinie rausgelesen wurde.

Herr Strauß sagt, dass es mehrere Möglichkeiten gebe, die fördergerechte Verwendung solcher Flächen sicherzustellen. Eine davon sei, ein Bebauungsplan entsprechend anzupassen. Das sei in der Vergangenheit tatsächlich nicht geschehen. Eine weitere Möglichkeit sei die Sicherung der fördergerechten Verwendung, die die Stadt SGH zum damaligen Zeitpunkt gewählt hatte. Mit dem Erschließungsträger wurde ein Vertrag geschlossen in dem geregelt wurde, dass die Fördermittel weitergegeben werden und was mit den Fördermitteln gemacht werden dürfe. Weiterhin sei geregelt, dass der Eigentümer des Grundstückes und der Erschließungsträger, in dem Fall ist es eine Firma gewesen, dafür verantwortlich sind, dass nur entsprechend den Förderrichtlinien die Grundstücke veräußert werden dürfen.

Herr Kotzur fragt an, ob noch weitere Rückzahlungsforderungen erwartet werden? Wenn ja, inwieweit man eine Chance habe, die Rückforderungen gegenüber dem Erschließungsträger geltend zu machen und ob man dazu in der Lage sei. Er geht davon aus, dass man als Fördermittelempfänger dem Erschließungsträger diese Mittel weitergereicht habe und die Stadt den B-Plan habe. Die Frage sei nun, wer gegen den B-Plan in welcher Art und Weise verstoßen bzw. nicht beachtet habe, und unter welchen Bedingungen kommen auf wen jetzt Rückforderungen zu?

Herr Strauß antwortet, dass gegen den B-Plan keiner verstoßen habe. Sonst wäre es baurechtlich nicht zulässig gewesen. Zu den Möglichkeiten der Refinanzierung dieser Ausgabe, wo wir uns im juristischen Bereich bewegen, würde er vorschlagen, dies im nichtöffentlichen Teil zu besprechen.

Herr Peche sagt, dass zur Ehrlichkeit auch dazu gehöre, dass dem Stadtrat der B-Plan bekannt gewesen sei. Man habe gewusst, was dort gebaut wird. Er weiß, dass nur eine Fraktion dagegen gestimmt hatte, dort überhaupt Solaranlagen auf ebenerdigen Flächen in einem Gewerbegebiet zuzulassen. Es ist durchgewunken worden und genehmigt. Jetzt haben wir die Situation, dass der Investor sich nicht an das gehalten hat. Er aber weiß bis zur Wahl, dass wir diese Solaranlage nicht wollten. Er kann sich nicht erinnern, dass sonst noch jemand gegen diese Solaranlage auf dem MAFA-Gelände war.

Herr Hüttel möchte einen offiziellen Antrag stellen, dieses Thema als Extrapunkt im nicht-öffentlichen Teil zu behandeln.

Die Rückforderung ist berechtigt und das Geld muss bezahlt werden, dies ist unstrittig.

Herr Skrypek sagt, dass die Fragen, die im nichtöffentlichen Teil beantwortet werden dementsprechend dort behandelt werden müssen. Ein extra Tagesordnungspunkt wurde bereits dafür aufgenommen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	1
Stimmenenthaltungen	=	2

Beschluss- Nr.: 1-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-6/19** registriert.

6.2 1. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr.7 "An der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen

Begründung: Frau Diebes

Sie möchte die B-Plan-Beschlüsse in einem Punkt begründen, sowohl die vereinfachten Änderungen der diversen B-Pläne als auch die Veränderungssperren, betreffen die Tagesordnungspunkte 6.2 - 6.9. Der Stadtrat muss lediglich getrennt abstimmen.

Herr Skrypek stimmt in allen Punkten zu.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Herr Peche fragt, ob Änderungen im Einvernehmen mit der Verwaltung möglich sind.

Frau Diebes antwortet: In Ausnahmefällen.

Herr Peche fragt, warum man überhaupt abstimme, wenn die Verwaltung Änderungen vornehmen könne. Er fragt, ob Änderungen nicht mit dem Stadtrat abzustimmen seien? Ansonsten könnte er hier nicht mitgehen.

Frau Diebes meint, wenn die Stadt sagt "Ausnahmen von der Veränderungssperre" es darum geht, dass sie eine Veränderungssperre beschließen, die dieses Gebiet einfriert. Das heißt wo man den B-Plan ändert - Aufstellungsbeschluss, Auslegungsbeschluss mit Entwurf, Abwägung Satzungsbeschluss, man kenne das Prozedere - in diesem Zeitraum kein Bauvorhaben dort realisierbar ist. Es sei denn, die Gemeinde macht daraus eine Ausnahme. Vor allem geht es hier darum, Vorhaben zu unterbinden die explizit Freiflächen Photovoltaik-Anlagen beinhalten. An dieser Stelle ist dies der einzige Änderungspunkt des B-Planes. Wenn es ein Vorhaben sein würde, was zur Genehmigung vorliegt, was sich genau nach den Regeln des B-Planes richtet, dann würde man als Stadt von der Veränderungssperre eine Ausnahme machen.

Herr Oster geht es um die Verbindlichkeit der Formulierung. In den Beschlusstexten steht es nicht so drin, aber in der Begründung. Hier ist die Rede von "Deshalb sollen im gesamten Plangebiet Photovoltaik-Freiflächenanlagen planungsrechtlich ausgeschlossen werden." Er fragt, ob dieses "sollen" ausreichend hart formuliert sei, dass so etwas nicht mehr passiert?

Frau Diebes sagt, dass es der Vorschlag der Verwaltung ist. Solaranlagen sollen hier ausgeschlossen werden. Es ist die Beschlussbegründung. Im B-Plan gibt es eine Formulierung, da steht was man darf und was man nicht darf.

Herr Oster sagt, wenn es geprüft worden ist, ist für ihn alles vollkommen in Ordnung. Es ist nur wichtig, dass Klarheit darüber herrscht, dass so etwas nicht mehr passiert.

Herr Peche stellt den Änderungsantrag im Beschlusstext zur Ergänzung: "Änderungen sind im Einvernehmen mit der Verwaltung und dem Stadtrat möglich."

Herr Strauß meint, im Beschlusstext steht das, was wir zusätzlich zur Begründung angeführt haben, gar nicht drin. Herr Strauß kann es in die Begründung mit übernehmen. Die Verwaltung beabsichtigt nicht, Ausnahmen von dieser Veränderungssperre für die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen zuzulassen und es auch nicht ihr Ziel sei.

Herr Peche kann die Aussage von Herrn Strauß nachvollziehen. Sonst würden wir im Beschlusstext was aufnehmen, wo sich ein Investor sagt, wir haben hier die Möglichkeiten etwas zu unternehmen. Wir sind alle lange genug im Rat. Er fragt, warum man es nicht in die Begründung mit aufnehmen könne, da habe man es schwarz auf weiß stehen. So könnte er damit umgehen.

Herr Skrypek sagt, die Verwaltung übernimmt dies.

Herr Hüttel sagt, dass gestern im Hauptausschuss die Verwaltung ihnen zugesichert hatte, in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Stadtentwicklungsausschusses, sich im nächsten Stadtentwicklungsausschuss (Januar 2020) mit diesem Thema zu beschäftigen. Es sind einige Flächen, die noch nicht drin sind, wo es theoretisch möglich wäre.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 2-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-6/19** registriert.

6.3 Veränderungssperre zur 1. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 "An der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 3-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-6/19** registriert.

6.4 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Über der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu. 1 Ausschussmitglied hat sich für befangen erklärt.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu. 1 Ausschussmitglied hat sich für befangen erklärt.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 4-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-6/19** registriert.

Aufgrund des § 33 KVG LSA war ein Mitglied des Stadtrates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

6.5 Veränderungssperre zur 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 "Über der Wasserschluff" der Stadt Sangerhausen, OT Oberröblingen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu. 1 Ausschussmitglied hat sich für befangen erklärt.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu. 1 Ausschussmitglied hat sich für befangen erklärt.

Der Ortschaftsrat Oberröblingen stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 5-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-6/19** registriert.

Aufgrund des § 33 KVG LSA war ein Mitglied des Stadtrates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

6.6 1. vereinfachte Änderung der Bebauungspläne Nr. 4a,4b,4e "Helmepark" der Stadt Sangerhausen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 6-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-6/19** registriert.

6.7 Veränderungssperre zur 1. vereinfachten Änderung der Bebauungspläne Nr. 4a, 4b, 4e "Helmepark" der Stadt Sangerhausen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 7-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-6/19** registriert.

6.8 3. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 "Weinbergstraße" der Stadt Sangerhausen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 8-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-6/19** registriert.

6.9 Veränderungssperre zur 3. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 "Weinbergstraße" der Stadt Sangerhausen

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 28
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 9-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-6/19** registriert.

6.10 Einführung einer mobilen Parkraumbewirtschaftung in der Kernstadt Sangerhausen (Handyparken)

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Herr Hüttel fragt, nach der zeitlichen Abfolge und wann damit zu rechnen ist?
Fügt für die, die nicht in den Ausschüssen waren eine kleine Bemerkung hinzu:
Die Flatrate über 2,99 EUR ist nur für die Servicegebühren, leider nicht für das Parken.

Frau Diebes sagt, aufgrund der Urlaubs- und Weihnachtszeit wird es der Stadt dieses Jahr nicht gelingen, den Vertrag abzuschließen. Plan ist im Januar 2020. Eine Mitarbeiterin steht bereits in Vertragsverhandlungen mit dem Betreiber Park Now. Diese haben der Stadt einen Entwurf zukommen lassen, welcher schon vorgesichtet worden sei. Sie würde den Vertrag den OB vorlegen. Wie schnell der Betreiber Park Now dann ist, kann sie nicht sagen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 10-6/19

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 10-6/19** registriert.

6.11 Änderung der Parkgebührenverordnung der Stadt Sangerhausen

1. Lesung

Herr Kotzur sagt, für ihn sind gewisse Dinge unverständlich. Wenn wir den sog. Agrarparkplatz in ein Bezahlssystem einbeziehen wollen, schädigen wir die Innenstadt. Wir reden permanent davon, dass wir die Innenstadt beleben wollen. Dort sind bis jetzt 3 Stunden frei parken. Wer etwas in der Stadt zu erledigen hat, der nutzt diesen Parkplatz. Machen wir diesen zum Bezahlparkplatz, haben wir die Innenstadt etwas benachteiligt. Darüber hinaus hat sich für ihn aus der Skizze nicht erschlossen, in welche Zonen eingeteilt wurde?

Was wird aus den Parkplätzen am Bahnhof? Die Terrassen? Er möchte einen Antrag stellen, dass im Zuge dieser ersten Lesung durch die Verwaltung eine Analyse vorgelegt wird, wieviel Parkplätze in der Stadt zur Verfügung stehe, wo sich diese verteilen und welche Steuerungsmöglichkeiten man diesbezüglich habe?

Es ist immer leicht gesagt: "Wir benötigen Parkplätze." Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir unsere Stadt nicht durch ruhenden Verkehr dicht machen. Wir dürfen nicht in die Situation kommen, dass wir in einem halben Jahr feststellen, hier haben wir nicht gerade glücklich entschieden und korrigieren müssen.

Er appelliert es von Anfang an ordentlich zu machen. Es drängelte nichts.

Frau Diebes sagt, bei dem Parkplatz Innenstadt Nord wurde sich verwaltungsintern auf einen Parkscheinautomat geeinigt, aber man würde die erste Stunde frei machen. Analog zum Krankenhaus.

Bei den Zonen ging die Diskussion im Hauptausschuss dahin, dass die Zonen seitens des Stadtrates auch nicht erwünscht waren. Es war erwünscht, jeden Parkplatz mit einem Parkscheinautomaten einzeln auszuweisen. Dies ist ausdrücklich nicht Wunsch der Verwaltung, weil man dann mit jedem neuen Parkscheinautomaten wieder eine Satzungsänderung hätte und wieder in den Stadtrat kommen müsste.

Dies war Diskussionsgegenstand im Hauptausschuss und sie hat es als Konsens der Stadträte mitgenommen.

Am Bahnhof sind Park & Ride Parkplätze, diese sind kostenfrei. Die neuen Park & Ride Parkplätze östlich vom Bahnhof sind mit Fördermitteln errichtet worden. Hier dürften in den nächsten 5 Jahren keine Gebühren verlangt werden.

Herrn Koch seine persönliche Auffassung ist, wenn es diesen Änderungsantrag nicht gegeben hätte, dies als erste Lesung zu übernehmen, dann hätten man einen Beschluss gefasst, der in der Öffentlichkeit auf riesige Diskussion gestoßen wäre.

Denn das, was bisher in der Vorlage vorgesehen war, hat enorme Auswirkungen auf den ruhenden Verkehr in der Kernstadt SGH.

Man wolle bestimmte Parkplätze, z.B. am Rosarium, die *bisher gebührenfrei seien über den Tag gebührenpflichtig machen*. Am Rosarium gibt es eine größere Anzahl von Stellplätzen, wo auch sehr viele Anwohner parken. Diese müssen mit ihren Fahrzeugen ausweichen und es würde einen Kampf um die Stellplätze geben. Daher ist es gut mit der ersten und weiteren Lesung das Thema auch öffentlich in aller Breite zu beraten und zu diskutieren. Die Bevölkerung bei diesem Prozess mitzunehmen. Die Gelegenheit zu geben, Hinweise einzubringen.

Er hatte bereits im Finanzausschuss die Verwaltung darum gebeten, bevor wir die Vorlage beraten und beschließen, umfassendes Material zu liefern. In der Klausurtagung hatten wir schon dazu ein Vortrag erhalten, wo die Zahlen noch nicht fertig waren. Denn um entscheiden zu können, benötigen wir ein Überblick, wie hoch der Anteil der bewirtschafteten Parkflächen im Verhältnis zu den Gesamtparkflächen in öffentlicher Hand ist. Hier gibt es eine Grenze. Ein gesundes Maß muss an den Tag gelegt werden.

Frau Diebes wird dafür sorgen, dass dieses Material bis im Januar 2020 vorliegt. Er bedankt sich dafür. Er möchte eine Lanze insgesamt für die Innenstadt der Kernstadt SGH brechen. Wir haben Existenzprobleme von privaten Händlern und Gewerbetreibende, welche unbedingt Kunden in der Stadt brauchen. Bestimmte Bereiche der Stadt (Kylische Str., Göpenstrasse) sind für den ruhenden Verkehr gesperrt.

Wenn wir dort Bewirtschaftung einführen, wird es negative Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden haben. Der Parkplatz "ehemaliges Gaswerk" soll auch bewirtschaftet werden. Dort parken viele Pendler, die von den umliegenden Orten in die Stadt kommen und arbeiten müssen. Wir müssen Lösungen anbieten. Wenn er liest, dass bestimmte Stellplätze für Dauerparken vergeben werden sollen, dann fragt er sich, nach welchen Methoden diese verteilt werden. Nach der Windhundmethode?

Er bittet alle Fraktionen über ihre Strukturen in die Öffentlichkeit zu gehen. Den Mut der Bevölkerung zu sagen, wir haben folgendes vor, wie seht ihr das!

Herr Oster schließt sich seinen Vorrednern an und begrüßt den Gang in die Öffentlichkeit. Bezieht sich auf die Aussage von Frau Diebes, wo es darum ging, dass dann mit jedem neuen Parkscheinautomaten wieder eine Satzungsänderung gemacht werden müsste und wieder dem Stadtrat vorgelegt werden müsste. Die jetzige Darstellung ist auch für ihn intransparent. Das Parken mit einer Gebühr zu belegen für Personen, die zeitweilig in einem Gebiet sind, dies kann man natürlich machen. Er gibt aber zu bedenken, dass auch Wohngebiete mit Gebührenzonen einbezogen worden sind. Die Wohnungsbau-gesellschaften müssen erst einmal ausreichend Parkflächen zur Verfügung stellen.

Jedes Neubauprojekt erfordert auch das zur Verfügung stellen von Parkplätzen.

Wenn wir eine prekäre Situation haben dann können wir diese nicht mit Gebühren lösen, sondern müsse Angebote schaffen. Dies ist der erste Schritt bevor wir Reglementierungen aufstellen. Wir haben die Autos und sind froh, dass die Menschen auf Arbeit fahren. Gerade am Wochenende ist es schwierig, wenn die Montagearbeiter Heim kommen. Als Stadt müssen wir proaktiv werden anstatt mit Verboten und Gebühren zu kommen.

Herr Scholz möchte nochmal an die Parkplätze an den Sportstätten erinnern. Nicht das die Parkgebühren teurer werden als der Mitgliedsbeitrag.

Herr Schmidt sagt, dass der Wirtschaftsausschuss auch hier den Antrag auf 1. Lesung gestellt hat. Fragt, warum Zone 1 und 3 Gebühren von Montag - Freitag, aber Zone 2 von Montag - Sonntag (Rosariumsgebiet) hat? Wollen wir hier die letzten Touristen für das Rosarium auch noch abzocken? Für das Geld geht er lieber in das Rosarium, isst ein Würstchen und trinkt einen Kaffee. Zahle ich 3 EUR Parkgebühren - trinkt er kein Kaffee mehr. Es trifft auch auf die Sporteinrichtungen zu. Mifa-Sportplatz kennt jeder. Sie spielten dort Fußball, Parkplatz war nicht mehr zu bekommen da in der Sporthalle ein großes Ereignis war. Das Ordnungsamt der Stadt hat das auch gewusst und hat Knöllchen verteilt. Ist das in Ordnung? Dann sorgen wir lieber für Parkgebühren, ist vernünftiger.

Herr Nothmann war dieses Jahr im Urlaub. Im freundlichsten Land Europas - Dänemark. Er hat nicht einen Pfennig Parkgebühren bezahlt und Toiletten waren auch kostenlos. Sollten wir nicht überlegen, dass wir nicht immer nur abzocken? Ein Freund von ihm hat gesagt, wenn es richtig aufgerechnet wird, dann bringen die Parkgebühren nicht so viel ein, was die Leute am Schluss kosten, die sich alle damit beschäftigen. Wir sollten etwas für den Bürger tun!

Herr Strauß kann persönlich gut damit leben, ob wir Zonen machen oder die bewirtschafteten Parkplätze, welche in der Zone liegen, in Tabellenform auflisten. Er kann den Ansatz verstehen, wenn wir zusätzliche Parkplätze später bewirtschaften möchten, dass dann der Stadtrat beteiligt werden will. Bezüglich Agrar-Parkplatz: Frau Diebes hat bereits die 1 Stunde frei erwähnt, die tatsächlich für den kurzen Weg in die Stadt ausreicht. Das praktische Problem beim Parkplatz Innenstadt Nord ist, so heißt er offiziell, wir haben dort 3 Stunden frei. Der Agrar-Parkplatz wird relativ stark von Pendlern genutzt, die dann mit geschicktem Stellen der Parkuhr knapp 4 Stunden dort parken. Häufig wird dann die Mittagspause genutzt um die Parkuhr nochmal vorzustellen. Vollkommen verständlich. Der Zweck, den Parkplatz für die Menschen zu haben, die in der Stadt einkaufen wollen, Behördengänge oder ähnliches erledigen müssen, wird damit konterkariert. So eine Parkraumbewirtschaftung ist auch positiv. Der Parkplatz am Rosarium: Warum haben wir den Parkplatz am Rosarium gebaut? Um Anwohnern das Parken zu ermöglichen? Dies war nicht der Grund. Wir haben diesen Parkplatz gebaut, um den Besuchern des Europa-Rosariums einen Parkplatz bereit zu stellen. Wir wollen den Anwohnern in den Abendstunden weiterhin das kostenlose Parken sogar ermöglichen. Aber, außer in Dänemark, bei jeder touristischen Besonderheit, bei jeden touristischen Ziel was besucht wird, ist eine Parkgebühr fällig. Es geht auch den Mitarbeitern der Rosenstadt GmbH so, dass sie an der Kasse gefragt werden, wo ist eigentlich der Parkscheinautomat? Besucher erwarten überhaupt gar nicht, dass sie kostenfrei dort stehen können, weil es vollkommen unüblich ist. Im Übrigen, Herr Schmidt, natürlich ist das der Grund warum wir am Wochenende dort Parkgebühren erheben wollen. Wäre auch extrem widersinnig, in der Zeit, wo die meisten Besucher das Rosarium besuchen, gerade da keine Parkgebühren zu erheben. Unterm Strich müssen wir uns aber irgendwann die Frage stellen und die Entscheidung treffen. Wir wollen sanierte Fußwege, insbesondere im Wohngebiet Süd, wir wollen vielleicht ein Quad Parcours - Motorcross Stre-

cke errichten, wir wollen geringe Kosten und hohe Qualität z.B. bei den Trauerhallen. Wir wollen alle Mehraufwendungen, die in der Kinderbetreuung entstehen (3,6 Mill EUR) nächstes Jahr selbst tragen und die Eltern mit 0,00 EUR an diesen Mehraufwendungen beteiligen. Wir wollen Technik in jedem einzelnen Ortsteil (Telefon, DSL-Anschlüsse, WLAN) bezahlen. Das ist alles vollkommen in Ordnung - ist ihre Entscheidung als Rat. Vieles davon trägt er auch mit, aber von irgendetwas müssen wir das Ganze auch bezahlen. Die Parkgebühren werden dafür nicht ausreichen, aber wir können nicht alle Ausgaben hier freudig durchwinken und keinerlei Einnahmemöglichkeit zustimmen. Wir können es machen, aber es ist nicht zielführend und wir kommen dann irgendwo an unsere Grenzen. Es hat nichts mit Unfreundlichkeit zu tun, auch wenn die Dänen besonders freundlich sind. Es ist nichts verwerfliches oder besonderes, dass man für die Nutzung eines Platzes, wo man sein Auto abstellen kann, Parkgebühren entrichtet. Wir sind als Stadt auf solche Einnahmen angewiesen. Die Belange der Innenstadt versuchen wir bestmöglich zu berücksichtigen.

Herr Koch sagt, es ist wichtig in der Vorlage darzustellen, wie hoch die Mehreinnahmen für die zusätzliche Bewirtschaftung pro Jahr geschätzt werden. Natürlich auch die Mehrkosten sollten dagegen gestellt werden. Er hat die Idee, diese Mehreinnahmen zweckgebunden für die Reparatur von Fußwegen einzusetzen. Ansonsten dient alles nur der Haushaltskonsolidierung. Die Kommunen, die wenig Geld haben, haben die höchsten Gebühren. Das ist leider in allen Bereichen so.

gez. Madeleine Schneegaß
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender